

Linkes Seeufer

Soll die Stadt Wohnungen aufkaufen?

Mit einem Podiumsgespräch lancierten die Grünen und die FDP in Wädenswil den Abstimmungskampf um einen umstrittenen Liegenschaftenkauf.

Von Ueli Zoss

Wädenswil - Am 28. November entscheiden die Wädenswiler Stimmberechtigten in einer kommunalen Abstimmung über einen Kredit von 3 Millionen Franken zulasten des Finanzvermögens für den Erwerb der Liegenschaften Büelenstrasse 5 und 7. Es geht um den Erhalt von zwölf billigen Wohnungen.

Der Stadtrat war davon ausgegangen, die Liegenschaften ohne Opposition kaufen zu können. Der Gemeinderat stimmte Anfang September dem Vorhaben zu, die FDP ergriff jedoch das Behördenreferendum und brachte den Häuserverkauf somit an die Urne.

An dem von Gemeinderatspräsident Simon Kägi von der Grünen Partei moderierten Informationsabend im Saal des Volkshauses erläuterte Astrid Furrer die Argumente der Gegner. Die Präsidentin der FDP Wädenswil erklärte, es sei nicht oberste Priorität der Exekutive, Liegenschaften zu erwerben. «Wohnungen zu kaufen, ist keine staatliche Angelegenheit. Es genügt, wenn die Stadt dazu die Rahmenbedingungen schafft.» Ausserdem monierte Furrer, die Stadt habe die Karten nicht offengelegt. Wie schon kürzlich beim Kauf von Land auf der Halbinsel Au sei nicht klar, was genau mit den zwölf Wohnungen geschehe. Furrers Votum gipfelte in der Aussage: «Die Stadt hat gemeinnützigen Investoren wie Wohngenossenschaften, die über die nötige Kompetenz und Erfahrung verfügen, die beiden Liegenschaften vor der Nase weggeschnappt.»

Genossenschaften als Käufer?

Die Formulierung «weggeschnappt» rief Albert Müller auf den Plan. Er vertrat auf dem Podium die Interessen der Erbgemeinschaft, der die Liegenschaften gehören. Das sei, gelinde gesagt, eine unwahre Aussage der FDP, sagte Müller. Er habe die Liegenschaften zwei Wohnbaugenossenschaften zum Kauf angeboten, der Preis sei beiden zu hoch gewesen. Bei den Überlegungen der Genossenschaften spielte ein Altlast mit: Ohne Einverständnis der Stadt darf nicht gebaut werden. Diese Bedingung stellte

die Stadt im Jahr 1924 (siehe Box unten).

Plädierte FDP-Präsidentin Furrer für Genossenschaften, zeigte sich Adrian Stucki, Präsident Grüne Wädenswil, gegenüber diesen skeptisch. Genossenschaften würden heute eher für den oberen Mittelstand Wohnungen vermieten und seien nicht mehr besonders günstig. «Die Stadt nimmt bezüglich erschwingliche Wohnungen eine wichtige Rolle ein.» Der Stadtrat könne sich mit dem Kauf an der Büelenstrasse zudem in eine günstige Ausgangslage für die Mitsprache bringen, wenn zu einem späteren Zeitpunkt über die Nutzung der nicht mehr ausgelasteten, angrenzenden Industriehallen der Mewa diskutiert werde.

Später Kompromissvorschlag

Als einer der Zuhörer einwarf, die Stadt habe seit geraumer Zeit in Sachen Liegenschaften nur noch eine Strategie, nämlich überhaupt keine, kam es zwischen der FDP und den Grünen zum Wortgefecht, an dem sich weitere Votanten beteiligten. Die Debatte führte schliesslich sogar zu einem Kompromiss, für den es freilich zu spät ist: Die Stadt hätte die Liegenschaften an der Büelenstrasse kaufen und diese im Baurecht an eine Genossenschaft abtreten können.

Büelenstrasse 7 und 9

Die Geschichte

Wädenswil trat das Büelengebiet 1924 an eine Baugenossenschaft ab, die in zentraler Lage die Wohnhäuser erstellte. Die Stadt liess damals auch festschreiben, dass ohne ihr Einverständnis auf dem Land nicht gebaut wird. Die Baubeschränkung blieb bestehen, als 1944 die Genossenschaft aufgelöst und die Liegenschaften an Private verkauft wurden. Der Marktpreis für die zwei Gebäude beträgt heute nach offizieller Schätzung 5 bis 6 Millionen Franken. Die Besitzer hätten sich immer dafür eingesetzt, dass die Mieten billig bleiben würden, und in all den Jahren rund 1 Million Franken in den Unterhalt investiert, sagt Albert Müller, der Vertreter der Erbgemeinschaft. (uz)